Sommer 2019

LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn

www.linksfraktion-bonn.de

Liebe Bonnerinnen und Bonner,

nutzen Sie auch regelmäßig das Bus- und Bahn-Angebot der SWB? Da ich selbst kein Auto besitze, bin ich praktisch täglich auf die Angebote der SWB im Nahverkehr angewiesen. Mein Eindruck ist: Noch nie gab es so viele Ausfälle und Verspätungen!

Die Statistik bestätigt das: Die Beschwerden liegen auf Rekordniveau und auch die Fahrausfälle haben zuletzt einen Höchststand erreicht. Angesichts dieser hohen Ausfälle und häufigen Verspätungen wollten wir die jüngst anstehende Verlängerung der Verträge für die Geschäftsführer der SWB-Verkehrssparte nicht einfach durchwinken. Aus unserer Sicht ist bereits das hauptamtliche Grundgehalt, das der GA in seiner Berichterstattung mit 200.000 Euro plus Boni beziffert hat, zu hoch. Außerdem fehlen wirksame Anreize: Deshalb wollten wir das Gehalt der Geschäftsführer zumindest an die Fahrausfälle koppeln. Bei höheren Ausfällen in einem Quartal sollten die Boni ersatzlos gestrichen werden. Bei anhaltend hohen Fahrausfällen in einem ganzen Jahr wollten wir sogar das Grundgehalt um 10 % kürzen. Wäre das nicht ein echter Leistungsanreiz beim ohnehin schon viel zu teueren Bonner Nahverkehr?

Leider lehnte der Stadtrat diesen Vorschlag mit den Stimmen von CDU, FDP, aber auch von SPD und Grünen ab. Der Rat hat damit eine weitere Chance für einen besseren ÖPNV verpasst, nachdem bereits die Anschaffung neuer Fahrzeuge verzögert wurde. Für eine echte Verkehrswende in Bonn müssen vor allem die Grünen ihre Blockadehaltung aufgeben. An der Seite von CDU und FDP ist besserer Nahverkehr in Bonn nicht zu machen.

Herzliche Grüße

Dr. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender

Themen

- Seenotrettung vor Ort 2
- Steuerplus dank Linksfraktion 3
- Postareal: Wohnungen statt Hotel 4
- Rheinauensee 5
- Neu-Tannenbusch 6
- Mäuse im Stadthaus 7
- Die Kleine Anfrage 8

Filmvorführung und Diskussion mit der Bonner Kapitänin Pia Klemp

Seenotrettung und Politik vor Ort

von Ilja Bergen, sachkundiger Bürger der Linksfraktion

Pia Klemp im Gespräch nach der Vorführung des Films „Iuventa“ (Foto: Barbara Kloep)

Es sind dramatische Szenen, die sich im Mittelmeer abspielen. Menschen klettern mit letzter Kraft auf Schlauchboote. Die Retter*innen setzen alles daran, so viele Menschen wie möglich auf ihr Schiff IUVENTA zu bringen. Der italienische Filmemacher Michele Cinque begleitete die Crew bei ihrem Einsatz von der Planung über die Umsetzung der ersten Rettungsmission bis hin zur Beschlagnahmung des Schiffes durch die italienischen Behörden in Lampedusa. Seitdem kursiert der Vorwurf der Kooperation mit Schlepperbanden. Gegen die Bonnerin und damalige Kapitänin der IUVENTA, Pia Klemp, wird derzeit ebenso wie gegen neun weitere Crewmitglieder in Italien wegen Beihilfe zur illegalen Einreise ermittelt. Die IUVENTA ist bis heute beschlagnahmt. Die Bonner Kapitänin betonte in einer Veranstaltung der Linksfraktion, dass das größte Verbrechen eigentlich nicht die Kriminalisierung der Seenotrettung sei, sondern die völlige Entrechtung von Menschen auf der Flucht.

Mehr als hundert Besucher*innen folgen im Februar der Einladung der Linksfraktion in die Kunstgalerie Schaumburg, um den Dokumentarfilm „Iuventa“ zu sehen und anschließend über die Frage zu diskutieren, was man vor Ort in Bonn kommunal zur Unterstützung und für eine humane Geflüchtetenpolitik tun kann. Denn hier gab es zwar im letzten Jahr das gemeinsame Angebot der Oberbürgermeister aus Düsseldorf, Köln und Bonn, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Konkret passiert ist seitdem aber nichts. Im Gegenteil: Ein Bürgerantrag der Seebrücke Bonn, der die Stadt zum „sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklärt hätte, wurde im Bürgerausschuss abgelehnt. Für uns angesichts der öffentlichen Solidaritätsbekundungen des OB unverständlich und zugleich Anlass zur Durchführung einer Veranstaltung. Dort wollten wir den Fokus gezielt darauf richten, was vor Ort und gerade kommunal für eine humane Flüchtlingspolitik getan werden kann und muss, damit das Sterben im Mittelmeer endlich endet. Auch der Arbeitskreis Flucht unseres Kreisverbands beschäftigt sich schon seit längerem mit diesen Fragen.

Seenotrettung von Bonn aus unterstützen

Die Bonner LINKE wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Bonn zum sicheren Hafen für Menschen in

Seenot wird. Hierfür müssen alle auch kommunalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Menschen auf der Flucht zu unterstützen.

Dem öffentlichkeitswirksamen Signal des Oberbürgermeisters müssen endlich auch Taten folgen. Als Linksfraktion im Rat wollen wir deshalb die Initiative dafür ergreifen, dass sich die Stadt Bonn dem Netzwerk „Solidarity Cities“ anschließt, einem von Barcelona gegründeten Städtenetzwerk. Die beteiligten Städte erheben den Anspruch, Solidarität und Humanität zum Maßstab ihres Umganges mit Menschen in Not und auch praktisch erlebbar zu machen. Dem sollte sich Bonn anschließen, denn das Sterben im Mittelmeer ist nicht nur ein Thema der Bundes- und Europapolitik, sondern fordert uns auch in den Kommunen!

Kommunale Betriebsprüfung

Steuerplus dank Linksfraktion

von Anatol Koch, Fraktionsgeschäftsführer

Einiges an Kröten: Linksfraktion sorgt für Mehreinnahmen im Haushalt

Auf Initiative der Linksfraktion wurde 2013 erstmals eine städtische Stelle mit der Aufgabe eingerichtet, Gewerbesteuerprüfungen des Finanzamts aktiv zu begleiten und die Steuerunterlagen selbstständig zu bearbeiten. Gerade die Konzernbetriebsprüfungen bieten sich hierfür mit Blick auf den Sitz großer DAX-Konzerne in Bonn an. Und siehe da: Schon durch die Prüfungen einer ersten Mitarbeiterin konnten kurz nach Aufnahme der Arbeit im letzten Quartal 2013 zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 250.000 Euro generiert werden. Seit 2014 arbeiten zwei städtische MitarbeiterInnen im Prüfdienst, und auch die letzten Ergebnisse sprechen für sich: In den Jahren 2017 und 2018 lagen die Mehreinnahmen bei gut 2 Mio Euro. Durch die Initiative der Linksfraktion steht der Stadt damit jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung, das für andere Bereiche wie etwa Soziales oder Kultur eingesetzt werden kann. Wir wollen, dass Bonn mehr Stellen bei der kommunalen Betriebsprüfung schafft, um für höhere Einnahmen und die gerechte Besteuerung der Konzerne zu sorgen.

Links wirkt!

Nachhaltigkeitskriterien beim Kauf von Schulmöbeln
Die Stadt Bonn legt seit diesem Jahr beim Kauf von neuen Schulmöbeln erweiterte ökologische Qualitätskriterien zugrunde. Neben der durchgehenden Berücksichtigung des „Blauen Engels“ bei Holz, Polstern sowie Ökotex-Standard 100 bei Stoffen wird u.a. der Verzicht auf halogenierte Verbindungen und Weichmacher und die Vermeidung von Aluminium und toxikologisch bedenklichen Lacken gefordert. Die neuen Anforderungen gehen auf einen Änderungsantrag der Linksfraktion zurück.

Zwischennutzung für städtische Gebäude
Fast ein Jahr lang hat die Ratsmehrheit aus CDU, FDP und Grünen den Antrag der Linksfraktion vertagend vor sich her geschoben, um dann eine etwas weich gespülte Variante zu verabschieden: Leerstehende städtische Gebäude sollen zukünftig kostengünstig für soziale und kulturelle Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, sofern unklar ist, wann und wie sie weitergenutzt werden sollen. Dies ist eine politisch dehnbare Bedingung, wie man beispielsweise am leerstehenden Viktoriabad sieht, bei dem die Stadt sich weigert, Zwischennutzungen zuzulassen. Andererseits darf die Alte VHS nun längerfristig genutzt werden, ein Fortschritt also immerhin.

Online-Rechner für Bonn-Ausweis
Der neue Internetauftritt der Stadt unter www.bonn.de hat bislang nicht sehr überzeugt, vor allem aufgrund zahlloser nun ins Leere gehender Verweise (Fehler „404“). Eine Verbesserung, die die Linksfraktion bereits im Jahr 2016 (!) beantragt hatte, ist nun aber tatsächlich dabei: Ein Online-Rechner erlaubt es jetzt BezieherInnen von kleinen Einkommen, vorab grundsätzlich zu klären, ob sie einen Anspruch auf einen Bonn-Ausweis haben könnten.

Postareal in der Nordstadt

Wohnungen statt Hotels und Büros

von Holger Schmidt, Sprecher der Linksfraktion im Planungsausschuss

Das ehemalige Gelände der Post am Kaiser-Karl-Ring zwischen Dorotheen- und Vorgebirgsstraße soll neu bebaut werden, allerdings ist strittig, was denn dort neben dem Frankenbad entstehen soll. Während der jetzige Eigentümer – ein in Kanada beheimateter Immobilienfonds – seiner Anlagestrategie entsprechend vor allem ein Hotel und Büroräume errichten will, wünschen viele AnwohnerInnen sich Wohnungen, am besten auch bezahlbare.

Sozialer Wohnungsbau statt Hotels

Das ehemalige Paketlager am Kaiser-Karl-Ring in der Nordstadt

Über 800 Unterschriften trägt ein Bürgerantrag, der neben einer breiten Bürgerbeteiligung unter anderem fordert, dass mindestens 70 % der Neubebauung Wohnraum sein soll.

Dies deckt sich mit dem Änderungsvorschlag der Linksfraktion, die bereits anlässlich des Beschlusses über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände eben diese Quote von 70 % Wohnbebauung, den Verzicht auf ein Hotel und einen architektonischen Wettbewerb verlangt hatte. Denn entscheidend dürfen nicht die Wünsche des Investors sein, sondern was in dieser Lage am meisten benötigt wird und auch städtebaulich sinnvoll ist. Die Koalitionsmehrheit von CDU, Grüne und FDP gab sich jedoch mit 30 % Wohnungen zufrieden und ließ die Frage eines Hotels offen - also ist es prinzipiell möglich.

Wie der Immobilienfonds, dem die Post im Rahmen ihrer Privatisierung das Gelände vor rund zehn Jahren verkauft hat, nun auf die aktuelle Vorgabe mit zumindest ein wenig Wohnraum reagiert, ist nicht klar. Einerseits könnte er versuchen, das Grundstück mit Vorplanung wertsteigernd zu verkaufen, wie jüngst in einem ähnlichen Fall in Offenbach, andererseits könnte er sich stur stellen und zunächst nichts tun. Bis September soll nun laut Planungsausschuss abgewartet werden. Reagiert er nicht, sollte das Bebauungsplanverfahren weiter getrieben werden, und zwar mit verschärften Vorgaben nicht nur für den Anteil des Wohnraums, sondern auch mit der konkreten Festlegung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau. Dies ist schon deshalb sinnvoll, um spekulative Erwartungen zu dämpfen und klarzumachen, dass der Eigentümer nicht mit einer rein gewerblichen Nutzung durchkommt. Allerdings: Politische Beschlüsse werden allein nicht reichen, zusätzlich wäre weiterer Druck von AnwohnerInnen und aus der Nordstadt hilfreich.

Rheinauensee

Wieder nichts gelernt?

von Tobias Haßdenteufel, Fraktionsmitarbeiter

Im Sommer 2016 sagte die Stadtverwaltung in einer Stellungnahme an die Bonner Bezirksvertretung über den Zustand des Bonner Rheinauensees noch Folgendes:

„Von einer völligen Veralgung oder gar 'Umkippen' des Sees kann nicht gesprochen werden. Auch bestand oder besteht keine akute Bedrohung für die Tierwelt.“

Zwei Jahre später, im Sommer 2018, starben Hunderte der akut unbedrohten Tiere, und die Kadaver der Fische, Enten und Gänse mussten wochenlang von Freiwilligen, MitarbeiterInnen von Tiernotruf und Tierrettung und städtischen Beschäftigten eingesammelt und entsorgt werden. Sogar bis in den Dezember sind offenbar noch einige Schwäne in der Rheinaue verendet. Ein Indiz dafür, dass die Verwaltung den Zustand des Sees notorisch zu optimistisch einschätzt? Die Stadt findet das nicht: Eine grundlegende Sanierung des Rheinauensees soll jedenfalls ein weiteres Mal, jetzt auf 2020, verschoben werden. Vorher wird lediglich weiter geprüft, untersucht, getestet. Aufwendige, aber wesentlich wirksamere Maßnahmen wie etwa die komplette Ausbaggerung des Faulschlamms, wozu das Wasser erst mal abgelassen werden müsste, oder die drastische Erhöhung der Wasserzufuhr durch den Ausbau von Zu- und Abflüssen, werden damit erneut verschleppt.

Sanierung des Sees nicht verschieben!

Stattdessen hofft die Verwaltung, mit einem Mix aus kurzfristigen Aktionen ein Massentiersterben im aktuellen Sommer zu verhindern - weil das in den letzten Jahren ja schon so gut funktioniert hat. Und Fragen bleiben dabei weiterhin offen: Was zum Beispiel soll man sich unter den „Maßnahmen zum Management“ der als „nicht-heimisch“ identifizierten Wasservögel überhaupt vorstellen? Die freiwillige Rückführung der Nilgänse nach Ägypten vielleicht? In anderen Städten wie Frankfurt oder Koblenz wird bereits der Abschuss von Gänsen diskutiert und durchgeführt, wenn sie sich in den örtlichen Freibädern zu heimisch fühlen. Wenn die Stadt es dazu nicht kommen lassen will, muss sie sich endlich besser um die Parkanlage kümmern.

Doch die einzige größere Neuerung in diesem Jahr ist das stadtweite Fütterungsverbot für Vögel und Nutrias, das der Rat auch mit unseren Stimmen im Februar beschlossen hat. Doch so sinnvoll dies auch ist, es wird nicht ausreichen, um die grundlegenden Probleme des Sees in den Griff zu kriegen, wie Umwelt- und TierschützerInnen zu Recht kritisieren.

Skeptische Wildgänse vor dem Algenteppich in der Rheinaue

Neu-Tannenbusch

Städtisches Vorkaufsrecht auch tatsächlich nutzen

von Holger Schmidt, Sprecher der Linksfraktion im Sozialausschuss

Vor sechs Jahren wurde für den Stadtteil Neu-Tannenbusch vom Stadtrat eine sogenannte Sanierungssatzung beschlossen, die über das Projekt „Soziale Stadt“ Fördergelder in Millionenhöhe in den Stadtteil leiten sollte. Während im öffentlichen Raum einiges geschehen ist, sind Fortschritte bei der Verbesserung der größeren Wohnblöcke selten geblieben – bei manchen ist bislang gar nichts passiert. Dabei wurden als Sanierungsziele auch die Forderungen „Wohnbestände instand setzen zur Herstellung gesunder Wohnverhältnisse“ und „Wohnbestände modernisieren zur Beseitigung von Funktionsmängeln“ beschlossen.

Die Vonovia-Wohnblöcke an der Oppelner Straße in Tannenbusch

Zur Durchsetzung der Ziele gilt in einem Sanierungsgebiet ein städtisches Vorkaufsrecht, das heißt die Stadt wird bei anstehendem Verkauf einer Immobilie informiert, muss ihn genehmigen und darf – wenn für die Erreichung der Ziele notwendig – diese selbst oder über ein beauftragtes Eigenunternehmen ankaufen. Gerade bei steigenden Immobilienpreisen sind Privateigentümer davon zumeist nicht begeistert, da der Kaufpreis der Stadt sich (nur) am Verkehrswert zum Stichtag der Satzung orientiert.

Obwohl Genehmigungspflicht von Eigentümerwechseln und das Vorkaufsrecht bei „städtebaulichen Missständen“ wesentlicher Kern einer Sanierungssatzung sind, hat die Stadt Bonn im Fall des Verkaufs von mehreren Vonovia-Wohnblöcken an der Oppelner Straße an eine Immobilienfondsgesellschaft erklärt, über keine Handhabe gegen das Weiterreichen von sanierungsbedürftigen Wohnbeständen zu verfügen. Zum Erstaunen all derjenigen, die die Vonovia-Gebäude kennen, begründete die Verwaltung ihre Passivität nicht nur mit rechtlichen Schwierigkeiten, sondern auch in Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion noch mit Verweis darauf, dass keine genaueren Kenntnisse über den (schlechten) Zustand der Gebäude existieren würden. Dabei hätte hier das einfache Befragen der EinwohnerInnen Abhilfe schaffen können.

Das Problem: Die Stadt will sich nicht mit den Wohnungskonzernen anlegen, sie scheut sowohl mögliche Kosten des Ankaufs als auch einer rechtlichen Auseinandersetzung und gibt sich deshalb mit lauwarmen Erklärungen des neuen Eigentümers zufrieden. Tatsächlich sind allerdings die schon seit Monaten defekten Aufzüge in den Gebäuden noch immer nicht repariert. Wenn die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten auf die Wohnbestände in Neu-Tannenbusch einschließlich Ankauf und Sanierung nicht konsequent nutzt, werden sich die Wohnverhältnisse nicht verbessern und die Wohnbestände und MieterInnen bleiben Spielball für Finanzinvestoren.

Für bessere Arbeitsbedingungen bei der Gebäudereinigung

Da beißt die Maus keinen Faden ab!

von David Rupp, Sprecher im Ausschuss für städtisches Gebäudemanagement

Die Berichte über unhaltbare Zustände in städtischen Schul- und Verwaltungsgebäuden reißen nicht ab. In Erinnerung sind Elterninitiativen zur Reinigung von Schultoiletten, Maulkörbe für städtische Angestellte und zuletzt die Bilder vom akuten Mäusebefall im Stadthaus – die possierlichen Tiere schafften es sogar bis ins Fernsehen.

Die Linksfraktion forderte daher abermals, dass die Stadt bestehende Reinigungsverträge kündigt und die Rückkehr zu einem städtischen Reinigungsbetrieb vorbereitet. Freilich scheiterte unsere Initiative am Widerstand der Koalition, die die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Gebäudereiniger*innen weder für dringlich, noch eine Rückkehr zum Eigenbetrieb für erforderlich hält. So bleibt es dabei, dass mit privaten Reinigungsfirmen gearbeitet wird, die zu Niedrigstpreisen beauftragt werden - mit den entsprechenden Folgen für die Qualität der Reinigung und unzumutbarem Druck auf die Beschäftigten. Denn aus den Dumpingpreisen resultieren nicht zuletzt zeitliche Reinigungsvorgaben, die für die Mitarbeiter*innen der Unternehmen einfach nicht zu schaffen sind. Bei aktuell „etwa 10–25 Mitteilungen über Reinigungsmängel pro Tag“ (!) halten wir dieses Vorgehen der Stadt jedenfalls für unverantwortlich – und die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag, einen Amtskater anzuschaffen (nebst Bericht vom Hinschied des letzten Wachhabenden „Paul“) für allenfalls satirisch wertvoll (siehe hier). Die Menschen, die für die Stadt arbeiten, haben Besseres verdient – wir bleiben dran!

Städtische Gebäudereinigung: den richtigen Weg noch nicht gefunden

Initiativen der Linksfraktion

Beethovenhalle:
Stadt in die Verantwortung
Die Sanierung der Beethovenhalle ist ein Desaster: jetzt schon doppelt so teuer und uneinholbar hinter dem Zeitplan. Die Stadt macht es sich zu leicht und schiebt alle Schuld auf die Architekten. Wir haben deshalb wiederholt beantragt, auch das Architekturbüro, das von der Stadt einen Maulkorb bekommen hat, vor dem Rat aussagen zu lassen. Außerdem muss der OB aufhören, sich hinter seinem überforderten Stadtdirektor zu verstecken und selbst dauerhaft die Verantwortung für das Großprojekt übernehmen.

Tierversuche in Bonn
Eine Anfrage von uns im Umweltausschuss hat gezeigt: Knapp 60.000 Tiere waren in Bonn zuletzt als Versuchstiere in Tierversuchslaboren (vor allem der Uni) registriert und fristen dort ein denkbar trauriges Leben. Hinzu kommt: Die Stadt hat die Haltungsbedingungen bisher kaum kontrolliert, obwohl das ihre Aufgabe ist. Erst in den letzten zwei Jahren wurde etwas strikter auf die Einhaltung des Tierschutzes geachtet. Wir finden: hier ist noch Luft nach oben!

Musikschule:
Lehrpersonal stärken!
Ab August erhöhen sich die Tarife der Bonner Musikschule von 23 auf 25 Euro pro 45 Minuten. Das sollte aber aus unserer Sicht dann auch in vollem Umfang den freiberuflichen Lehrerinnen und Lehrern zugute kommen, deren Honorare immer noch zu niedrig sind. Die Stadt will die Gebührenerhöhung dagegen zum Teil auch für die Haushaltskonsolidierung verwenden. Unsere Initiative für höhere Honorare der Lehrkräfte wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen leider abgelehnt.

Sträßlich vernachlässigt?

veröffentlicht auf www.links-rheinisch.de, dem Blog der Bonner Linksfraktion

Bonns schönste Sackgasse: die Karl-Marx-Straße in Gronau

Adenauer hat den längsten, der von Willy Brandt ist oben ein bisschen krumm, und der von Friedrich Ebert muss jetzt durch einen Eingriff ein Stück kürzer gemacht werden: Gemeint sind die Abschnitte der Bundesstraße 9 an der Bonner Museumsmeile, die nach berühmten deutschen Politikern benannt sind. Und für jede Kommunalfraktion im Bonner Rat ist es selbstverständlich eine Frage der Ehre, ihre großen und kleinen Staatsmänner im Stadtbild möglichst herausragend zur Schau zu stellen.

Durch das Verscheiden Helmut Kohls im Jahr 2017 stellte sich daher auch beim Bimbes-Kanzler sofort die Frage, welcher Bonner Prachtboulevard in Zukunft durch den Namen „Helmut-Kohl-Allee“ noch weiter aufgewertet werden könnte. Den Altkanzler einfach in die sogenannte Straßenbenennungsliste aufzunehmen, was in Bonn das übliche Verfahren wäre, stand natürlich nicht zur Debatte. Denn dort warten lediglich die Normalgestorbenen auf die Zuteilung eines Gässchens in irgendeinem Neubaugebiet. Die „Santo subito“-Rufe waren also kaum verklungen, da kamen auch schon die ersten konkreten Vorschläge zur standesgemäßen Aufnahme Kohls in den Straßenolymp, die allerdings zunächst nicht viel Erfolg verhießen: Die Umbenennung eines Platzes an der Autobahn 562 musste wieder fallengelassen werden – vielleicht besser so, wird dieser Straßentyp doch generell bereits mit einem anderen deutschen Politiker in Verbindung gebracht. Und gegen die Umbenennung der U-Bahn-Haltestelle „Olof-Palme-Allee“ sperrten sich die Bonner Stadtwerke, die ihre zugehörige Kostenschätzung nur äußerst widerwillig (und vermutlich nach mehrmaligem intensivem „Nachfragen“ durch die Stadt) reduzieren wollten. Doch möglicherweise wird der Altkanzler ja auf dem angesprochenen Teilstück der Friedrich-Ebert-Allee nun endlich seine Ruhe finden, denn außer uns haben alle übrigen Parteien der Umbenennung zugestimmt.

Die Kleine Anfrage

Linke Ikonen haben solche Probleme in Bonn übrigens nicht. Die Bonner Karl-Marx-Straße ist jedenfalls – kleiner Scherz der Stadtplaner? – als wenig befahrene Sackgasse parallel zur B9 angelegt. Zu Fuß ist man hier aber sehr entspannt unterwegs, und hört an lauen Sommerabenden zwischen Vogelgezwitscher und Blätterrauschen nur weit entfernt das Fluchen und Hupen der Autofahrer, die von der Adenauerallee bis zum Helmut-Schmidt-Platz im Stau stehen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
Dr. Michael Faber (V.i.S.d.P)
Redaktion: Tobias Haßdenteufel
Druck: Kessoprint, Nikolausstr. 43, 53129 Bonn

Bild auf Seite 3 und Grafik Seite 7 gemeinfrei (CC0).
Alle übrigen Bildrechte liegen beim Herausgeber.

Abonnieren?

Die LINKS-rheinische erscheint mindestens zweimal jährlich. Gerne können Sie die Zeitung kostenlos abonnieren - eine E-Mail oder ein kurzer Anruf genügen.

Diese Zeitung ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt. Redaktionsschluss 12.06.2019.

Kontakt

Wir freuen uns über Anregungen und Kritik zu unserer Arbeit! Sie erreichen uns unter:

Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn
Tel: 0228 - 77 40 81/- 80
linksfraktion@bonn.de
www.linksfraktion-bonn.de